

**SOLIDARITÄT
BEWEGT**

Wohnung heizen,
Klima schützen

Seite 4

**SOLIDARITÄT
BEWEISEN**

Finnlands Protest
gegen Rechts

Seite 16

**SOLIDARITÄT
VERBINDET**

Psychische
Gewalt erkennen

Seite 18

**SOLIDARITÄT
LEBEN**

Sport, Kultur
und Kulinarik

Seite 24/25

Ausgabe
Nummer

1.003

Dezember 2023

Solidarität

DAS ÖGB-MAGAZIN FÜR ÖSTERREICHS ARBEITSWELT

WWW.OEGB.AT



FOTO: OSBI/EPIC

Demokratie, das sind wir alle!

VON DER AK-WAHL BIS ZUR NATIONALRATSWAHL:
WER AUF WELCHER EBENE MITBESTIMMEN DARF
UND WARUM WÄHLEN ZU GEHEN IMMER DIE
RICHTIGE ENTSCHEIDUNG IST

GEWINNSPIELE!

Mitmachen und tolle
Preise gewinnen!
+ Kinderrätsel
S. 25, 26, 27

ÖGB



ELISABETH SCHWENTER
CHEFIN VOM DIENST
SOLIDARITÄT

Im warmen Zuhause ins Superwahljahr

2023 ist bald vorbei, und das ist rückblickend nicht nur schlecht. Es war ein anstrengendes Jahr. Doch die Anstrengungen haben sich gelohnt: **Die Gewerkschaften konnten in ihren Kollektivvertragsverhandlungen über der rollierenden Inflation abschließen, bei Pensionsanpassungen Erfolge erkämpfen und zahlreiche Mitglieder dazugewinnen.** In den letzten Zügen des Jahres gibt es aus gewerkschaftlicher Sicht noch einiges zu tun: Während ich diese Zeilen schreibe, kämpfen die Beschäftigten in der Metallindustrie, im Handel und in der Sozialwirtschaft gerade für gerechte Lohn- und Gehaltserhöhungen. Sie sind der sprichwörtliche Gradmesser für weitere KV-Verhandlungen – damit sich auch wirklich alle Arbeitnehmer:innen in diesem Winter das Heizen leisten können.

Die Energiepreise sind nach wie vor hoch und die Bundesregierung ist säumig beim Ausarbeiten gerechter und echter Entlastungen für alle in Österreich. **Die Expertinnen und Experten des ÖGB werden weiterhin jede Gelegenheit nutzen, um aufzuzeigen, wie Preise wirklich gesenkt werden können, Wohnräume warm bleiben und – ja, das ist möglich – gleichzeitig eine klimagerechte Wende geschafft werden kann.** Alle Details dazu gibt es auf Seite 4.

In unserer zweiten großen Geschichte blicken wir in das kommende Jahr. **Das Superwahljahr 2024 bietet viele Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung, von den Arbeiterkammer-Wahlen in allen Bundesländern über die EU-Wahl bis zur Nationalratswahl.** Doch nicht alle dürfen überall mitbestimmen. Wir widmen uns ab Seite 12 der Frage, warum es für eine Demokratie wichtig ist, dass alle Menschen an ihr teilhaben können, und auch, dass jene Arbeitnehmer:innen, die nicht überall mitentscheiden können, jedenfalls von ihrem Wahlrecht bei der AK-Wahl Gebrauch machen.

Und wie immer gibt es auch in diesem Heft wieder einige Gewinnspiele mit großartigen Preisen: Bücher, Schifffahrten, Museumseintritte und ein gewerkschaftliches Überraschungspaket warten auf die glücklichen Gewinner:innen. Viel Glück beim Mitspielen, schöne und erholsame Feiertage und einen guten Rutsch ins spannende Jahr 2024!

Ausgewählte Mitwirkende dieser Ausgabe



MIRELLA KAROLY

Kreativität und Professionalität haben einen Namen. Seit wenigen Wochen ist unsere neue Grafikerin Mirella Karoly Teil des Kommunikationsteams des ÖGB und sie hat uns als Newcomerin gleich eine wunderschöne Solidarität gezaubert.



MARTIN MANDL

Er kommt aus der Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaft vida und beschäftigt sich in der Kommunikationsabteilung des ÖGB nun mit Themen, die Frauen sowie Pensionistinnen und Pensionisten betreffen. Und da gibt es, wie wir wissen, viel zu tun.



PETER LEINFELLNER

Peter ist die Stimme des ÖGB-Podcasts Nachgehört / Vorgesprochen und schreibt spannende Geschichten rund um die Themen Arbeitsrecht, Mitbestimmung und Kollektivverträge. Diesmal hat er sich angesehen, wie in seiner Heimatstadt Graz protestiert wird.

PORTRAITFOTOS: ÖGB/DEROO



FOTO © ELISABETH MANDL

SOLIDARITÄT DAMALS

1949

MEIN JAHRGANG

ALFRED TESCHL kam am 31. Dezember 1924 auf die Welt und lebte ab seinem siebenten Lebensjahr bei Bauern in der Nähe von Fehring in der Oststeiermark. Mit 14 Jahren wurde Teschl Fabrikarbeiter bei der Papierfabrik Leykam-Josefsthal in Gratkorn, mit 19 Jahren Soldat und mit 23 Jahren kehrte er aus der Kriegsgefangenschaft zurück. 1949 trat er der Gewerkschaft bei und wurde Betriebsrat bei Leykam-Josefsthal. Die gewerkschaftliche Arbeit wurde schließlich zum Vollzeitjob: Mit 30 Jahren begann Teschl bei der Gewerkschaft der Chemiarbeiter (GdC) als Fachsekretär, fast 20 Jahre später wurde er deren Obmann. Außerdem war er zwischen 1970 und 1986 Nationalratsabgeordneter.



Wohnung heizen oder Klima schützen?

Beides! Es kann gelingen, für leistbare Energiepreise zu sorgen und gleichzeitig Ressourcen zu schonen. Fünf Wege zur klimafitten Energiezukunft. **Seite 4**



Demokratie, das sind wir alle!

Anfang 2023 lebten 9.106.126 Menschen in Österreich. 1,4 Millionen waren nicht wahlberechtigt. Und das schwächt die Demokratie. **Seite 12**



Demütigen, einschüchtern, drohen

Psychische Gewalt – auch am Arbeitsplatz – ist ein massives Problem, das die meisten Frauen bereits erlebt haben. **Seite 18**



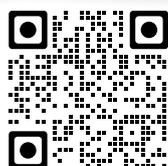
Die neue Soli schon vorab lesen!

Rund 1,2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder bekommen die Solidarität direkt in ihren Briefkasten. Doch die Mitgliederzeitung des ÖGB gibt es nicht nur als gedruckte Ausgabe, sie kann auch mit wenigen Klicks als digitale Zeitung gelesen werden. So erfahren alle, was die wichtigsten Gewerkschaftsthemen der neuesten Ausgabe sind – und das schon einige Tage vor der Zustellung der Printausgabe. Wer also nicht mehr auf die gedruckte „Soli“ warten will und jederzeit die wichtigsten Infos aus der Arbeitswelt abrufen möchte, kann das hier tun:

www.oegb.at/solidaritaet

QR-Codes scannen und mehr erfahren

Scanne die QR-Codes im Heft mit deinem Handy und greife direkt auf aktuelle Umfragen, nützliche Infos, Podcasts, Videos und vieles mehr zu. Halte dazu deine Handykamera über die Codes im Heft und folge dem angezeigten Link. **Probiere es gleich hier aus!**



SOLIDARITÄT BEWEGT

- 10 Punkte für Österreich** 10
Was für eine gute Zukunft zu tun ist
- Digitalisierung sicher gestalten** 11
Ein neues ÖGB-Kompetenzzentrum hilft
- Allianz für das Klima** 11
Gewerkschaften und Klimabewegung vereint

SOLIDARITÄT BEWEISEN

- AK-Wahltermine in Österreich** 13
Alle Infos aus deinem Bundesland
- Demokratie braucht deine Stimme** 15
Kommentar: ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian
- Finnlands Protest gegen Rechts** 16
Heißer Winter im kalten Norden

SOLIDARITÄT VERBINDET

- 16 Tage gegen Gewalt an Frauen** 18
Die Dimensionen psychischer Gewalt
- Was bedeutet eigentlich ...?** 19
Sozialausgaben erhalten unser System
- Urlaub nehmen leicht gemacht** 21
Doppelte Freizeit mit guter Planung
- Frauenpensionen: neue Regelung** 22
Länger arbeiten mit offenen Fragen
- Service kurz gemeldet** 22
Urlaub, Steuer, Arbeitsrecht und mehr
- Klimaschutz, Steuern und Gedenken** 23
Termine aus den Bundesländern

SOLIDARITÄT LEBEN

- Sport, Kultur und Kulinarik** 24
Winterangebote für ÖGB-Mitglieder
- Kreuzworträtsel und Kinderrätsel** 26
Mitmachen und gewinnen!
- Graz protestiert!** 27
Ausstellung plus Gewinnspiel

Heizen

oder

Klima

schützen?



Das Klima ruft nach weniger Energieverbrauch, das Geldbörsel sehnt sich im Winter nach günstigeren Preisen. Aber in Österreich hält man immer noch an der Idee des freien Marktes fest. Wir haben mit Expertinnen und Experten des ÖGB gesprochen und fünf Wege in eine grüne und leistbare Energiezukunft gefunden – für ein warmes Zuhause und ein intaktes Klima.

TEXT: PERIGAN ERASLAN UND PATRICK FISCHER



Es sind harte Zeiten für die meisten Menschen in Österreich. Pandemie, Krieg, explodierende Preise – die vergangenen Jahre hielten einige große Herausforderungen parat und das sprichwörtliche Licht am Ende des Tunnels ist weiterhin nur mit einer Portion Optimismus zu erkennen. Vor allem aber sind es die finanziellen Folgen der Krisen, die in vielen Fällen die größten Sorgenfalten verursachen. Und dann wäre da ja auch noch das Klima. Aber wer hat dafür schon Zeit, wenn jeder Tag und jede Rechnung zum Problem werden kann?

Die gute Nachricht: Die Expertinnen und Experten des ÖGB haben Modelle entwickelt, die diese Probleme gemeinsam anpacken.

Es kann gelingen, für leistbare Energiepreise zu sorgen und gleichzeitig zum Energiesparen anzuregen – weil billiger eben nicht automatisch heißen muss, dass wir sorglos mit unseren Ressourcen umgehen. Es ist möglich, thermische Sanierung leistbar zu machen, auch Vermieter dazu zu motivieren – und zwar, ohne die Kosten an die Mieter weiterzugeben. Es ist wichtig, all jenen zu helfen, für die eine warme Dusche ein finanzielles Problem ist. Und man kann als Gewerkschaft für Arbeitnehmer:innen eintreten und sich für eine klimafitte Zukunft für sie und ihre Kinder starkmachen. Unsere Expertinnen und Experten sagen, wie.



Warum ein Wärmepaket allen hilft

Wurde eine Strompreisbremse beschlossen? Ja. Bringt sie was? Nein. Sie geht nämlich nicht weit genug. Was wirklich nötig ist, ist ein Wärmepaket. Denn die Teuerung ist insbesondere beim Wohnen und beim Heizen zu spüren und betrifft Millionen Menschen in Österreich. Die Großhandelspreise sind schon seit Langem wieder gesunken, aber die Energieversorger geben den günstigen Strom nur sehr zögerlich und völlig intransparent weiter (zum Beispiel in Form von Rabattaktionen oder Energiefreitagen). „Ein fixer Preisdeckel ist nicht nur für Strom notwendig, sondern auch für alle Heizformen – egal ob Gas, Pellets, Wärmepumpen oder Fernwärme“, fordert ÖGB-Ökonomin Angela Pfister. **„Viele Menschen wissen nicht, wie sie ihre Strom- und Gasrechnung bezahlen sollen. Deshalb muss der Grundbedarf allen Haushalten mit Hauptwohnsitz preislich abgesichert werden“**, hält die Expertin fest.

Wichtig ist: Es wird so für alle der gleiche Maßstab für den Grundverbrauch angelegt. Der niedrigere und regulierte Preis ist also wesentlich etwa für das Heizen, Kochen, Duschen oder Wäschewaschen; werden hingegen Pools beheizt oder Saunen betrieben, dann läuft das im „normalen“ Marktpreis. „Ein gerechtes System ist für uns von großer Bedeutung. Es würde auch einen Anreiz schaffen, um Energie zu sparen“, erklärt Angela Pfister. „Das vom ÖGB vorgeschlagene Modell würde zusätzlich eine wichtige inflationsdämpfende Wirkung entfalten – etwas, das die Bundesregierung bislang noch nicht effektiv zustande gebracht hat.“

Merit-Order: was das ist und warum es weg muss

Seit die Energiepreise explodieren, hört man immer wieder den Begriff „Merit-Order“. Warum? Weil das der Grund für die horrenden Kosten ist. Das Merit-Order-Prinzip besagt nämlich, dass sich der Strompreis nach dem teuersten produzierenden Kraftwerk richtet – und das sind in aller Regel Gaskraftwerke. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine sind aber die Gaspreise in die Höhe geschossen und damit eben auch der Strompreis. Absurd in einem Land wie Österreich, dessen Stromerzeugung überwiegend aus erneuerbaren Quellen wie etwa Wasser oder Wind erfolgt.

„Großhandelspreise und damit auch die Preise für Endkunden müssen die Herstellungskosten widerspiegeln. Dieser Systemfehler muss so rasch wie möglich korrigiert werden. Die Merit-Order muss weg“, betont Angela Pfister. **„Der freie Markt ist kaum geeignet, sinnvolle Lösungen für Grundgüter wie Strom zu finden. Für den Grundbedarf muss es regulierte Preise geben.“**

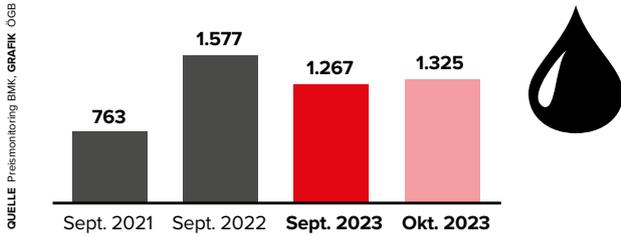
Dieser freie Markt wird erhalten, weil man stur an „liberalen Dogmen der Vergangenheit festhält“, analysiert Pfister. Und das geht zulasten der Verbraucher:innen. Dabei spielt der Staat etwa bei der Förderung von erneuerbaren Energien durchaus eine Rolle. „Wenn es aber dann um die Festlegung der Preise geht, verabschiedet er sich und lässt die Kundinnen und Kunden allein. Das muss sich ändern. Der Staat muss eine aktivere Rolle einnehmen“, fordert die ÖGB-Expertin.

One-Stop-Shops für Heizen und Sanieren

Thermische Sanierung und der Austausch ausgedienter Heizsysteme stehen auf der Agenda für die Zukunft ganz weit oben. Hier lohnt sich ein Blick ins Ausland: In Frankreich gibt es nach dem One-Stop-Shop-Prinzip bereits Beratungsangebote, die einem dabei helfen, sein Zuhause „durchzuökologisieren“ – vom Austausch der Fenster bis zur Installation von Solarpanelen. **Gefördert wird dort nach dem Prinzip: je niedriger das Einkommen, desto höher die Förderung. Das Einsparungspotenzial ist groß.** Bei einer Vollsanierung könnten je nach Gebäudeart bis zu 70 Prozent an Energie eingespart werden. Das belegt eine Studie der Johannes Kepler Universität Linz im Auftrag der Arbeiterkammer Niederösterreich.

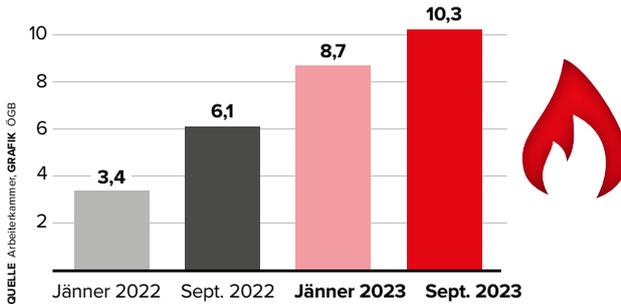
Preisentwicklung Heizöl

Angaben in Euro (brutto)/1.000 Liter, Ø



Preisentwicklung Gas

Median über die 15 wichtigsten Anbieter, Cent pro kWh netto für 15.000 kWh Energiepreis inkl. Grundpreis, Bestandskunden



Unsicherheit bei Öl- und Gaspreisen:

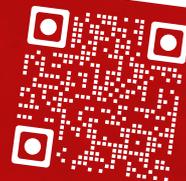
Im Vergleich zu den Wahnsinnspreisen des Vorjahres ist der Heizölpreis zurzeit ein wenig gesunken – doch das kann sich schnell in alle Richtungen ändern. Das zeigt vor allem der Vergleich zu 2021: Damals kostete Heizöl etwas mehr als die Hälfte des heutigen Preises.

Österreich ist heute noch immer in hohem Maß von russischem Gas abhängig – mehr als die meisten (westeuropäischen) EU-Länder. Und nicht nur das: Das russische Gas, dessen Einnahmen Putins Kriegskassa füllen, ist auch äußerst teuer.

Just Transition: für eine gute Zukunft für alle

Der Begriff „Just Transition“ steht für eine gerechte Wende in die klimaneutrale Wirtschaft. Gerecht bedeutet, dass niemand zurückgelassen wird und die Kosten der Veränderung sozial gerecht verteilt werden. Egal ob bei der Energie, beim Verkehr oder in der Produktion: Nachhaltiges Wirtschaften ist mehr als nur „möglich“, es ist gerade jetzt unabdingbar. Beim ökologischen Umbau der Arbeitswelt müssen wir alte, umweltschädliche Systeme zurücklassen und neue, klimagerechte Produktionsweisen fördern. Als ÖGB setzen wir uns dafür ein, dass Arbeitnehmer:innen in diesem Prozess zu ihrem Recht kommen.

So muss die ökologische Wende in Wirtschaft und Arbeit ablaufen:
➔ www.oegb.at/wende-arbeit-wirtschaft



Wer zahlt was? Sicherheit für Mieter:innen schaffen

In Österreich gibt es derzeit keine Regelung für die Aufteilung der Kosten für einen Heizkesselaustausch. Das heißt, Mieter:innen müssen oft entweder zu hohe Energiekosten bezahlen oder die Kosten für den Heizkesselaustausch selbst tragen. Ein Blick in den Norden zeigt, wie es anders gehen könnte: In Schweden wurde ein „Warmmietenmodell“ eingeführt, bei dem Heizkosten im Mietpreis inkludiert sind. Dadurch haben Vermieter:innen einen Anreiz, die Kosten zu senken und auf energiesparende Systeme umzusteigen. **Ähnlich wie bei der Strompreisbremse kann ein gewisser Grundverbrauch oder eine bestimmte Raumtemperatur vertraglich festgelegt werden, alles darüber hinaus haben Mieter:innen aus eigener Tasche zu bezahlen.** In Österreich sind im Budget für das kommende Jahr zwar erfreulicherweise mehr Mittel für Heizkesselaustausch eingeplant, eine Regelung für den gerechten Kostenausgleich ist hierzulande jedoch nicht geplant. „Es muss vor allem sichergestellt werden, dass der Heizkesselaustausch in Mietwohnungen tatsächlich erfolgt. Die Kosten, die dem Vermieter beim Tausch entstehen, dürfen aber nicht an Mieter:innen weitergegeben werden“, bekräftigt ÖGB-Klimaexperte Jakob Embacher.



„Es muss vor allem sichergestellt werden, dass der Heizkesselaustausch in Mietwohnungen tatsächlich erfolgt. Die Kosten, die dem Vermieter beim Tausch entstehen, dürfen aber nicht an Mieter:innen weitergegeben werden.“

JAKOB EMBACHER
ÖGB-Klimaexperte

Mehr Netz, damit der grüne Strom fließen kann

Große Investitionen in erneuerbare Energien sind wünschenswert, allerdings nutzen sie nur wenig, wenn die Kapazitäten des Stromnetzes nicht gleichzeitig ausgebaut werden. Derzeit kann unsere Energieinfrastruktur das ganze Potenzial des grünen Stroms gar nicht stemmen: Teils müssen Wasserkraftwerke abgedreht werden, um das Netz nicht zu überlasten. Was es also braucht, ist ein Ausbau des Stromnetzes.

Mit beschleunigten Genehmigungsverfahren können die Weichen für klimaneutrale Elektrizität gelegt und gleichzeitig kann ein Konjunkturschub in der Bauwirtschaft bewirkt werden – davon profitieren alle. Investitionen von Energieversorgern wie der Verbund-Tochter APG sind ein guter Start, aber auch die öffentliche Hand ist hier gefragt.

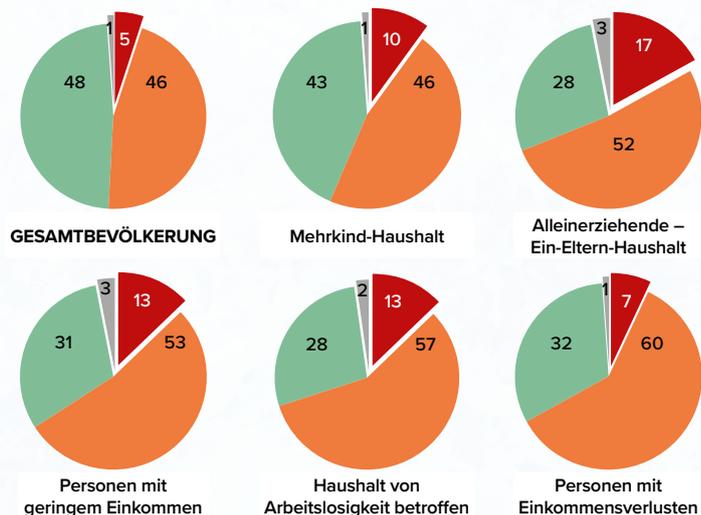


QUELLE: STATISTIK AUSTRIA. So geht's um heute! (März 6. 01/2023). Fragestellung: „Wem Sie nicht an die für Ihren Haushalt benötigte Energie für Heizung, Warmwasser, Kühlung, Licht, Haushaltsgeräte, etc. leisten?“. Antworten: Ja und zwar ohne Einschränkungen / Ja, aber nur weil Sie den Verbrauch verringert haben / Nein / Ich habe keine Energiekosten. N (01/2023) = 3.601. Gewichtete Ergebnisse. GRAFIK ÖGB, 2023

Leistbarkeit von Haushaltsenergie

(Q1/2023), Angaben gerundet in Prozent

- nicht leistbar
- leistbar nur mit geringerem Verbrauch
- keine Energiekosten
- leistbar ohne Einschränkungen



Die Statistik zeigt, dass Haushaltsenergie mittlerweile für einen Gutteil der breiten Bevölkerung nur mehr schwer leistbar ist – dennoch gibt es Gruppen, die in diesem Winter auf ein gut geheiztes Zuhause verzichten werden müssen: Das sind vor allem Arbeitslose, Alleinerziehende mit ihren Kindern sowie Personen mit geringem Einkommen.

Energiearmut: beim Essen sparen, um zu heizen

Anfang des Jahres 2023 waren etwa 725.000 Menschen in Österreich von Energiearmut betroffen. Sie konnten es sich nicht leisten, das Haus oder die Wohnung angemessen warm zu halten. Dazu kommt, dass sie nicht einfach auf ein billigeres Heizsystem umsteigen können. Beim Heizkesseltausch sind sie auf die Vermieter:innen angewiesen. Und diese überwälzen oftmals die Kosten für die baulichen Maßnahmen auf die Mieter:innen. So kommt es, dass in einem der reichsten Länder der Welt Menschen zwischen Essen und Heizen wählen müssen – ein Armutszeugnis im wahrsten Sinne des Wortes.



„Statt eines Fleckerlteppichs an Einmalzahlungen und eingeschränkten Maßnahmen braucht es ein umfassendes Wärmepaket.“

ANGELA PFISTER
Fachexpertin und Ökonomin
im volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB

Die Anzahl der Menschen, die von Energiearmut betroffen ist, hat sich seit Anfang 2022 fast verdoppelt. Jetzt steht der nächste Winter ins Haus und viele Österreicher:innen werden abermals horrenden Summen für ein warmes Zuhause zahlen müssen. Die Strompreisbremse der türkis-grünen Bundesregierung ist vielleicht gut gemeint, kommt aber mit einem großen Bremsdefekt: Menschen, die ihre Wärme über Gas, Heizöl oder Pellets beziehen, müssen trotzdem draufzahlen. ÖGB-Expertin Angela Pfister rechnet mit Mehrkosten von 500 bis 1.400 Euro für Betroffene und bekräftigt: „Statt eines Fleckerlteppichs an Einmalzahlungen und eingeschränkten Maßnahmen braucht es ein umfassendes Wärmepaket.“



FOTOS (v.u.n.): FREEPIK.COM, PATRICHART/MARLON BÖNWSCH – STOCK.ADOBE.COM

So sichern wir unsere Zukunft!

Immer im Krisenmodus? Muss nicht sein! Der ÖGB hat mit dem 10-Punkte-Plan ein Rundumpaket für eine gute Zukunft für alle.

ZUSAMMENFASSUNG: ELISABETH SCHWENTER

Der ÖGB fordert:

1 **Leistbares Wohnen und Sanieren**

Einen Zinszuschuss für Kreditnehmer:innen bei Wohndarlehen, den Ausbau des geförderten Wohnbaus, die Zweckwidmung der Wohnbauförderung sowie einen One-Stop-Shop für alle Sanierungsförderungen.

2 **Öffentliche Vergaben stärken**

Den Ausbau von Direktvergaben und die Erhöhung der Schwellenwerte bei der Auftragsvergabe. Öffentliche Vergaben sind mit 67 Milliarden Euro pro Jahr ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

3 **Energienetze ausbauen**

Eine Gesamtstrategie für den Ausbau der Netzinfrastruktur sowie eine verbindliche Planungskoordination von Bund, Ländern und Gemeinden.

4 **AMS-Budget weiter erhöhen**

Eine Qualifizierungsoffensive im Bereich Digitalisierung und Green Jobs und zusätzliche Planstellen im AMS. Die geplante Kürzung des AMS-Förderbudgets ist kontraproduktiv.

5 **Kinderbetreuung ausbauen**

Einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag und eine Milliarde Euro aus dem Bundesbudget für die Elementarpädagogik zusätzlich pro Jahr.

6 **Industriestrategie mit Sozialpartnern**

Eine Industriestrategie zusammen mit den Sozialpartnern – für gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung sowie die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und betrieblichen Weiterbildung.

7 **Öffentlichen Verkehr ausbauen**

Ein Klimaschutz-Investitionspaket für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur – insbesondere zur Verlagerung des Lkw-Verkehrs auf die Schiene. Das stärkt den Wirtschaftsstandort und ist eine elementare Voraussetzung zur Erreichung der Klimaziele.

8 **Gesundheit und Pflege stärken**

Eine Reform im Pflege- und Gesundheitssektor, die alle Beschäftigten in allen Bereichen gleich und fair behandelt. Um den Personalstand aufzustocken, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden notwendig.

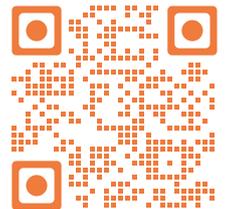
9 **EU-Sparpolitik beenden**

Die strengen Vorgaben bremsen Investitionen und den Ausbau des Sozialstaates. Auf der anderen Seite gehen in der EU jährlich rund 825 Milliarden Euro an Einnahmen durch Steuerbetrug und Steuertricks von Reichen und Konzernen verloren.

10 **Gemeinden finanziell stärken**

Mehr Mittel über Ertragsanteile für Städte, Gemeinden und Länder. Städte und Gemeinden tätigen etwa ein Drittel der staatlichen Gesamtinvestitionen – gleichzeitig sind ihre Finanzierungsmöglichkeiten eingeschränkt.

Alle Details zum
10-Punkte-Plan des
ÖGB für eine gute
Zukunft für alle
findest du hier:



www.oegb.at/10-punkte-plan



FOTO: ÖGB/BERGO

Künstliche Intelligenz braucht Regeln

Das neue „Kompetenzzentrum Arbeit und Technik“ des ÖGB bietet umfassende Datenschutz- und Technikberatung für die Arbeitswelt.

Sebastian Klocker und Adele Siegl wissen, worauf es in einer digitalisierten Arbeitswelt ankommt.

Um in der Arbeitswelt für das Zeitalter der künstlichen Intelligenz (KI) bestmöglich gerüstet zu sein, gibt es seit Herbst 2023 das „Kompetenzzentrum Arbeit und Technik“ (KAT) in der ÖGB-Zentrale in Wien.

„Wir arbeiten in einer Welt, in der personenbezogene Daten von Beschäftigten vermehrt automatisiert durch KI-Systeme erfasst und ausgewertet werden“, erklärt ÖGB-Datenschutzexperte Sebastian Klocker. „Diese Systeme sind komplex und datenschutz- wie arbeitsrechtlich oft fragwürdig. Ohne Miteinbeziehung der Belegschaften drohen Datenmissbrauch und Technostress. Hier unterstützt das KAT mit Know-how und vielen Angeboten“, sagt Klocker.

Wer kontrolliert die Algorithmen?

Das KAT steht Gewerkschaften mit fachlicher Expertise zur Seite, „etwa, wenn es darum geht, die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer:innen sicherzustellen und Transparenz über Algorithmen und KI-Systeme zu thematisieren“, sagt ÖGB-Digitalisierungsexpertin Adele Siegl.

Gewerkschaften sollen dann ihrerseits Betriebsräte kompetent stärken können. Das KAT bietet Technikberatung und Weiterbildung für Gewerkschaften. Geplant sind in Zukunft auch Bildungsangebote zu Digitalisierung, KI, Technikfolgen und Beschäftigtendatenschutz. (pl)

Zu erreichen ist das KAT (Kompetenzzentrum Arbeit und Technik) unter:

kat@oegb.at

Menschen und Klima schützen statt Profite

Gewerkschaften und ein Klimabündnis kämpfen für ein klimafittes Arbeitsrecht.

In einer Pressekonferenz legten die Gewerkschaft Bau-Holz, die Arbeiterkammer, System Change not Climate Change und Fridays For Future den Grundstein für ein zukunftssträchtiges Bündnis. Der Anlass: Nur jeder vierte Bauarbeiter bekommt Hitze-frei. Die Allianz fordert, mit Unterstützung des ÖGB-Klimabüros, einen Rechtsanspruch auf Hitzefrei ab 30 Grad im Schatten.

Hitzefrei und weniger CO₂

Der Sommer 2023 war der heißeste seit Beginn der Aufzeichnungen. Mit der globalen Erwärmung wird das Arbeiten in der prallen Sonne bei 37 Grad

schrittweise zur Normalität. Bei Arbeiten auf Dächern oder in Baugruben erreichen die Temperaturen sogar bis zu 50 Grad. Das ist eine enorme gesundheitliche Belastung für die fast 400.000 Outdoor-Arbeitnehmer:innen in Österreich.

Mit einem Rechtsanspruch auf Hitzefrei und Kühlungsmaßnahmen ist es aber noch nicht getan. Um die Outdoor-Arbeitnehmer:innen langfristig zu schützen, muss der CO₂-Ausstoß stark sinken. Und es müssen alle Maßnahmen gesetzt werden, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Dafür macht sich das ÖGB-Klimabüro stark: für den Schutz des Klimas und der Arbeitnehmer:innen. (pe)

Mehr Informationen gibt es unter:

www.oegb.at/klimabüro

Demokratie, das sind wir alle!

Österreich steht 2024 ein Superwahljahr bevor. Was das für Arbeitnehmer:innen bedeutet, warum wir ein immer größer werdendes Demokratieproblem haben und was wir von anderen Ländern lernen können.

TEXT: AMELA MURATOVIC UND ELISABETH SCHWENTER



FOTO: OGBERBERG

Ich will Politik für junge Menschen

JAKOB ist vor wenigen Monaten 16 Jahre alt geworden und darf im kommenden Superwahljahr endlich mitbestimmen. Er freut sich auf seinen ersten Sonntagsausflug in eine Wahlkabine. In Jakobs Klasse in einem Wiener Gymnasium sind alle Schüler:innen zumindest 16 Jahre alt und damit alt genug zum Wählen. Fünf von ihnen sind aber keine österreichischen Staatsbürger:innen – und dürfen damit im kommenden Jahr bei wichtigen Wahlen nicht mitbestimmen.

Jakob selbst ist einer von rund 1,2 Millionen Jungwählerinnen bzw. Jungwählern (unter 30 Jahre) in Österreich, 155.000 davon sind 16 oder 17 Jahre alt, sogenannte Erstwähler:innen. Politik ist ihm wichtig. *„Ich spreche mit meinen Freunden immer wieder über politische Themen, aber gelernt habe ich das ‚Politisieren‘ zu Hause. In meiner Familie wird viel diskutiert. Schon als Kind habe ich da gerne zugehört“,* sagt er.

Seit er politische Entscheidungsprozesse bewusst wahrnimmt, scheint es ihm, als würde die Politik – in Österreich, aber auch international – zu wenig auf jene Themen schauen, die vor allem für junge Menschen wichtig sind. *„Vom Klimawandel bis zu veralteten Bildungssystemen, da gäbe es viel zu tun. Aber auch die Inflation trifft junge Menschen hart“,* analysiert er die Situation. *„Wäre ich Politiker, würde ich den Lehrplan beziehungsweise das österreichische Schulsystem verändern wollen. In der Schule wird der Grundstein für das zukünftige Berufsleben gelegt. Und das aktuelle Schulsystem schafft das nicht.“* Jakobs eigener Weg soll nach der Matura in den Bereich Bionik oder Green Jobs führen, in naturwissenschaftliche Themen kann er sich richtig reinsteigern. Doch wer weiß, vielleicht landet er ja auch in der Politik. (es)

Nationalratswahl, Landtags- und Gemeinderatswahlen in mehreren Bundesländern, EU-Wahl und Arbeiterkammerwahlen: Österreich steht 2024 ein spannendes Wahljahr bevor. Für das Recht auf demokratische Beteiligung wurde lange gekämpft. Sowohl 1918 – bei der Gründung der Ersten Republik – als auch 1945, bei den ersten Nationalratswahlen der Zweiten Republik, haben Gewerkschafter:innen entscheidend an der Demokratie mitgewirkt.

Wie Demokratie in der Praxis funktioniert, das lernen wir eigentlich schon im Kindergarten. Wenn die Kleinsten per „Aufzeigen“ abstimmen, ob sie heute lieber in den Park gehen oder zusammen singen wollen, dann ist auch das ein demokratischer Prozess. Später in der Schule wählen Jugendliche ihre Klassen- oder Schulsprecher:innen. Diese führen harte Verhandlungen um die Verteilung von Prüfungen, Tests und Schularbeitsterminen, um Skikurse oder Pausenräume. Im besten Fall wird jungen Menschen schon jetzt bewusst, dass Demokratie Kompromisse braucht, von der Beteiligung und den Meinungen vieler lebt. Das Unterrichtsfach Politische Bildung ist ein Pflichtfach für alle ab der sechsten Schulstufe.

Doch für viele Jugendliche bleibt das Gelernte später nur graue Theorie. Selbst dürfen sie nicht wählen und sie haben auch nie erlebt, dass jemand aus ihrer Familie am Sonntag zur Wahlurne gehen darf. Manche von ihnen sind hier geboren, sprechen perfektes Deutsch, kennen kein anderes Land so gut wie Österreich. Was ihnen fehlt? Die österreichische Staatsbürgerschaft.

Wer darf hier überhaupt wählen?

In Österreich darf man ab einem Alter von 16 Jahren an Wahlen teilnehmen und das politische Geschehen mitbestimmen.

Neben dem entsprechenden Alter bedarf es auch der österreichischen Staatsbürgerschaft – mit Ausnahmen wie den Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen, den AK-Wahlen sowie EU-Wahlen, bei denen auch nicht österreichische EU-Bürger:innen wählen dürfen.

Anfang 2023 lebten 9.106.126 Menschen in Österreich. Davon waren knapp 1,4 Millionen Personen nicht wahlberechtigt. Bei der letzten Bundespräsidentenwahl im Jahr 2022 durften also etwa 16 Prozent der Menschen in Österreich nicht wählen. Menschen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft machen aber ein Fünftel aller Arbeitskräfte in Österreich aus, in systemrelevanten Berufen oft sogar noch mehr. Gerade diejenigen, die während der Coronakrise – sei es an der Kasse, am Bau, in der Nahrungsmittelindustrie, in der Pflege oder in der Logistik – maßgeblich dazu beigetragen haben, das Land am Laufen zu halten, fühlen sich nicht gehört. Ihre Arbeit wird wenig bis gar nicht wertgeschätzt und sie dürfen vielfach an demokratischen Prozessen nicht teilnehmen.

Sie zahlen Steuern und Abgaben wie alle anderen, können aber nicht bestimmen, wie dieses Geld verwendet wird. Sie sind von allen Gesetzen und politischen Entscheidungen betroffen, können aber nicht mitbestimmen, wer diese Gesetze erlässt und diese Entscheidungen trifft. Auch für ihre Kinder, für die zweite und dritte Generation der Zuwanderer und Zuwanderinnen, besteht nicht automatisch ein Anspruch auf die Staatsbürgerschaft.

So können wir die Demokratie stärken

„Demokratie bedeutet Teilhabe und Mitgestaltung der Gesellschaft – das steht auch im Grundsatzprogramm des ÖGB. Und Integration funktioniert am besten durch die Möglichkeit zur Teilhabe. Wenn wir allerdings im demokratischen Prozess im

AK-Wahl 2024!

In ganz Österreich wählen Arbeiterkammer-Mitglieder alle fünf Jahre ihre Vertretung. Wahlberechtigt sind alle AK-Mitglieder, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft.

26.01. – 08.02.	AK Salzburg AK Vorarlberg
29.01. – 08.02.	AK Tirol
04.03. – 13.03.	AK Kärnten
05.03. – 18.03.	AK Oberösterreich
10.04. – 23.04.	AK Wien AK Niederösterreich AK Burgenland
16.04. – 29.04.	AK Steiermark

Mehr Infos:

 www.arbeiterkammer.at/wahl

Der ÖGB fordert:

Zugang zum Wahlrecht!

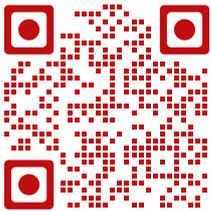
Der Ausschluss von Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft von vielen Wahlen schwächt die demokratische Teilhabe. Viele Menschen leben und arbeiten schon seit Jahrzehnten in Österreich und dürfen trotzdem nicht wählen.

Der ÖGB fordert daher

- ein aktives und passives Wahlrecht auf kommunaler Ebene für alle legal in Österreich lebenden Menschen und
- einen leichteren Zugang zum Erwerb der Staatsbürgerschaft.

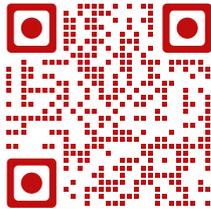


Demokratieforscherin **Martina Zandonella** erklärt im Interview, wie wir unsere Demokratie durch mehr Teilhabe stärken können.



[www.oegb.at/
mehrdemokratie](http://www.oegb.at/mehrdemokratie)

Mehr zum Thema erfährst du auch in unserem Podcast:



mer mehr Menschen verlieren, statt sie an Bord zu holen, dann haben wir alle bald ein großes Problem“, so Willi Mernyi, Bundesgeschäftsführer des ÖGB. Im internationalen und europäischen Vergleich ist das vielfach anders – und davon könnten wir lernen. In Deutschland oder Griechenland etwa bekommen Kinder von Zuwanderern und Zuwanderinnen nach einer gewissen Zeit oder mit deren Schuleintritt automatisch die Staatsbürgerschaft des Landes. Auf kommunaler Ebene, bei Landtags- oder Gemeinderatswahlen, plädiert der ÖGB für eine Entkoppelung des Wahlrechts von der Staatsbürgerschaft. Das ist in Europa bereits in 14 Ländern der Fall. „Zugereiste“ würden so gleichbehandelt, egal ob sie aus einem anderen Bundesland aus der EU oder einem Drittstaat kommen. Eine entsprechende Änderung des Wahlrechts in Österreich bräuchte eine Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Demokratieforscherin Martina Zandonella vom SORA-Institut betont: „Demokratie bedeutet, dass wir alle mitbestimmen. Das, was uns alle betrifft, wollen und sollen wir auch alle mitbestimmen. Das ist so nicht mehr gegeben, wenn große Teile der Bevölkerung ausgeschlossen werden oder sich – aus im Grunde nachvollziehbaren Gründen – selbst ausschließen.“ Ein wichtiger Schritt, um den immer größer werdenden Teil der Gesellschaft, der nicht wahlberechtigt ist, einzubeziehen, wäre aus ihrer Sicht ein leichter Zugang zur Staatsbürgerschaft. Auch das fordert der ÖGB.

Wie wichtig das ist, zeigt sich besonders in Wien: Mehr als 30 Prozent der Wiener:innen ab 16 Jahren dürfen an Wahlen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene nicht teilnehmen. Seit dem Jahr 2002 hat sich dieser Wert fast verdoppelt. Und besonders stellt sich die Situation bei Arbeiter:innen in Wien dar: 60 Prozent von ihnen dürfen nicht wählen. Das verzerrt die politische Repräsentation.

AK-Wahl 2024: Jetzt bist du gefragt

Als Arbeitnehmer:in kann man – unabhängig von der Staatsbürgerschaft – bei den Arbeiterkammerwahlen, den Wahlen des Betriebsrates oder des Jugendvertrauensrates oder im öffentlichen Dienst bei der Personalvertretungswahl eine Stimme abgeben. Demokratieforscherin Zandonella unterstreicht den großen Vorteil der betrieblichen Mitbestimmung. Hier darf jede:r, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, wählen. Sie fügt hinzu: „Für viele ist das oft das erste Mal, dass sie mitmachen und -entscheiden können. Hier leistet die betriebliche Mitbestimmung enorm wichtige Demokratiearbeit.“ Das bestätigt auch Willi Mernyi: „Je mehr Möglichkeiten Menschen haben, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen und mitzuentcheiden, umso wichtiger nehmen sie Demokratie ja auch. Darum appelliere ich auch an alle Arbeitnehmer:innen: Geht zur AK-Wahl und bestimmt ein Stück weit mit, wie die Arbeitswelt von morgen aussehen soll!“

Die nächsten Arbeiterkammerwahlen stehen schon 2024 am Kalender – den Anfang machen bereits im Jänner die Bundesländer Vorarlberg, Tirol und Salzburg, bis Ende April folgen alle weiteren Bundesländer. Bei der AK-Wahl zählt jede Stimme, denn die Arbeiterkammer hilft nicht nur bei rechtlichen Problemen, sie setzt sich auch in der Politik für die Interessen ihrer Mitglieder ein. Dafür ist es entscheidend, zu wissen, welche Probleme und Wünschen Beschäftigte haben oder um welche Themen sich die Arbeiterkammer kümmern soll. Und das entscheidet jede und jeder mit seiner Stimme – egal woher man kommt oder welchen Pass man hat. ■



Mitbestimmung stärkt die Zugehörigkeit

„SEIT 1997 LEBE ICH IN WIEN. Das ist mehr Zeit, als ich je in Deutschland verbracht habe, wo ich geboren bin. Seit 1999 arbeite ich hier als Journalistin und zahle Steuern“, sagt Maya McKeckneay. Doch die Deutsche (insgesamt leben rund 220.000 deutsche Staatsbürger:innen in Österreich) darf auf vielen Ebenen in Österreich nicht wählen. Wie auch die übrigen EU-Bürger:innen, die rund die Hälfte der Nicht-Österreicher:innen im Land ausmachen.

In Wien darf Maya ausschließlich bei den Bezirksvertretungswahlen mitbestimmen. Auf Bezirksebene engagiert sie sich auch in einer Bürgerinitiative, den 20ER*INNEN. „Als eine ihrer Sprecher:innen habe ich regelmäßig Termine mit der Bezirksvorsteherin der Brigittenau. Dort erfahre ich einiges über Baumaßnahmen und geplante Veränderungen und habe zumindest das Gefühl, dass ich mich gestaltend einbringen kann“, erklärt sie.

„Die Teilnahme an demokratischen Prozessen ist wichtig, auch, um das Gefühl der Zugehörigkeit zu stärken. Menschen, die sich in die Gestaltung ihres Lebensumfelds einbringen können, fühlen sich weniger hilflos und fremd.“ So ein Zugehörigkeitsgefühl würde, so Maya, auch negatives Verhalten wie Vandalismus zurückgehen lassen. Denn mit Räumen, die sie selbst mitgestalten können, gehen Menschen sorgsamer um. Als Arbeitnehmerin auch ohne österreichischen Pass kann Maya jedenfalls bei AK- oder Betriebsratswahlen aktiv mitbestimmen. Und das wird sie im kommenden Jahr bestimmt machen. (mm)



WOLFGANG KATZIAN, ÖGB-PRÄSIDENT

Unsere Demokratie braucht deine Stimme

Große Umwälzungen verunsichern viele Menschen und geben populistischen und autoritären Strömungen Auftrieb. Genau das erleben wir derzeit auch in Österreich. Die Frage ist also: Ist unsere Demokratie in Bedrängnis?

Mitgestaltung und Engagement sind grundlegende Faktoren für, Mitbestimmung auf allen Ebenen der Schlüssel zu einer lebendigen Demokratie. Dafür haben sich Gewerkschafter:innen immer und unermüdlich – und auch unter großer Gefahr – eingesetzt. Demokratie ist Teil unserer DNA. Meinungs- und Pressefreiheit sind genauso wie das Wahlrecht zentrale Errungenschaften dieses Einsatzes.

Aber wenn wir diese unsere Demokratie schützen und am Leben halten wollen, dann müssen wir aufmerksam bleiben und uns wehren, wenn sie bedroht ist. Es darf nicht alltäglich werden, wenn grundlegende Rechte missachtet oder infrage gestellt werden. Mitbestimmung ist der beste Garant dafür, gefährlichen Entwicklungen entgegenzutreten zu können. Und zwar nicht nur für Politiker:innen und Betriebsräte und Betriebsrätinnen, sondern für alle, die in unserem Land leben. Für jeden und jede von uns.

Im kommenden Jahr haben wir wieder die Möglichkeit mitzubestimmen: bei der EU-Wahl oder der Nationalratswahl zum Beispiel. Oder den AK-Wahlen, einer der wenigen Möglichkeiten, völlig unabhängig von Staatsbürgerschaften aktiv mitbestimmen zu können, wie die Zukunft aussehen wird. Das Wahlrecht wurde hart erkämpft. Es liegt an uns, es auch zu nützen, unseren Stimmen Bedeutung zu geben und unsere Demokratie mit Leben zu füllen.

Wie Finnlands Rechte das Sozialsystem zerstören

Im kalten Norden steht ein heißer Winter bevor:
Die finnischen Gewerkschaften leisten massiven Widerstand
gegen die weitreichenden Arbeitsmarkt- und Sozialreformen
der neuen Rechtsregierung.

TEXT: LITSA KALAITZIS

Die Liste der Pläne, mit denen die seit Juni amtierende Regierung in Finnland unter Ministerpräsident Petteri Orpo den Staatshaushalt ausgleichen will, ist lang und richtet sich vor allem gegen Arbeitnehmer:innen und Gewerkschaften: Kürzungen bei Arbeitslosen-, Wohnungs- und Elterngeld, Lockerung des Kündigungsschutzes, kein Lohn am ersten Krankheitstag. Außerdem will die Regierung befristete Verträge stärken, und Betriebsvereinbarungen sollen ohne Gewerkschaften ausgehandelt werden. Und sie will das Streikrecht einschränken: Politische Streiks sollen nur noch einen Tag dauern dürfen und Solidaritätsstreiks beschränkt werden – einschließlich schwerer Strafen für jene, die sich nicht daran halten.

Es gab keine Vorgespräche mit den Gewerkschaften. „Die Arbeitgeber haben schon vor einigen Jahren aufgehört, uns in die dreigliedrigen Verhandlungen mit der Regierung einzubeziehen, wenn es um die Arbeitsgesetzgebung und die soziale Sicherheit geht“, sagte Jarkko Eloranta, Präsident des finnischen Gewerkschaftsbundes

SAK. Und mehr noch: Mit der neuen rechtsextremen Regierung gelinge den Arbeitgebern das, woran sie bisher gescheitert sind: „Sie versuchen, ihre Reformen mit politischen Mitteln durchzusetzen.“ Dass die Gewerkschaften diese Reformen bekämpfen, ist selbstverständlich. Die erheblichen Kürzungen bei den Sozialleistungen, insbesondere bei der Arbeitslosenunterstützung, werden die Menschen am härtesten treffen, aber auch die anderen Pläne werden immense Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die Sicherheit der Arbeitsplätze in Finnland haben, erklärt Eloranta.

„Umgekehrte Robin-Hood-Regierung“

Der Kampf der Gewerkschaften begann mit Veranstaltungen, auf denen die Mitglieder über die Pläne der Regierung informiert wurden. Der Premierminister erhielt einen Protestbrief, und in den sozialen Medien (Hashtag #SeriousGrounds oder auf Finnisch #PainavaSyy, dt.: Schwerwiegende Gründe) gibt es laufend Informationen. Im Oktober fanden landesweit einstündige Streiks statt.



Der Kampf erfährt breite Unterstützung. „Alle Arbeitnehmer:innen und ihre Gewerkschaften sind schließlich betroffen“, sagt Eloranta. Auch andere Gewerkschaftsbünde unterstützen die SAK, in der Bevölkerung wächst der Unmut. „Viele Arbeitnehmer:innen haben für die rechtspopulistischen Wahren Finnen gestimmt, die jetzt in der Regierung sind. Aber wir hören zunehmend, dass die Menschen von ihrer Politik massiv enttäuscht sind.“

Immer mehr Finnen erkennen auch, dass sich die Sparpläne nicht gegen Wohlhabende richten. Im Gegenteil: „Es sind auch Steuererleichterungen für die Reichsten geplant, wie die Senkung der Einkommensteuer für Menschen, die mehr als 80.000 Euro im Jahr verdienen“, beschreibt Eloranta. „Das ist eine umgekehrte Robin-Hood-Regierung – von den Armen nehmen und den Reichen geben.“

Die Zeit drängt

Zu Redaktionsschluss der „Solidarität“ gab es kaum Anzeichen für ein Einlenken der Regierung, aber die Gewerkschaften sind mit ihrem Latein und ihrem Kampf-

geist noch lange nicht am Ende. Doch die Zeit drängt: Die Kürzungen bei der Sozialhilfe sollen im Jänner umgesetzt werden, die Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung und die Einschränkung von Streiks im Juli 2024.

Das Kalkül der Regierung ist klar, weiß Eloranta: „Sie wollen, dass die neuen Streikgesetze in Kraft treten, bevor sie die Rechte der Arbeitnehmer:innen weiter aushöhlen. Sie wollen die demokratischen Rechte von Arbeitnehmer:innen und Arbeitnehmern, die gegen die Regierung protestieren, beschneiden.“

Das weitere Vorgehen der finnischen Gewerkschaften ist ebenso klar. „Natürlich haben wir Pläne“, spielt Eloranta auf eine mögliche Eskalation durch weitere Maßnahmen an: „Wir werden rechtzeitig bekannt geben, wie wir unsere Kampagne fortsetzen werden – wir werden nicht aufgeben.“

Der ÖGB ist, wie andere Gewerkschaften in Europa, selbstverständlich solidarisch, bekräftigt Präsident Wolfgang Katzian: „Wir sind entsetzt über diese Pläne der finnischen Regierung und werden alles tun, um den Kampf unserer Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen.“ ■

Demütigen, einschüchtern, drohen

Psychische Gewalt – auch am Arbeitsplatz – ist ein massives Problem, das die meisten Frauen bereits erlebt haben. Dennoch bleibt es in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend ausgeblendet.

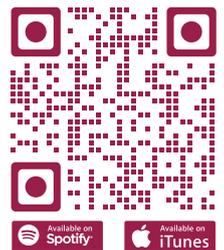
TEXT: MARTIN MANDL UND ELISABETH SCHWENTER

Das sind die harten Fakten: Jede vierte Frau wird in ihrem Leben Opfer von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Jede fünfte Frau ist von Stalking betroffen. 59 Prozent aller Frauen haben bereits eine Form der psychischen Gewalt am Arbeitsplatz erlebt und im Arbeitskontext sind vor allem Frauen und junge Menschen von Gewalt bedroht oder betroffen.

Psychische Gewalt ist oft der Anfang

Ständiges Demütigen, Einschüchtern, Drohen, Kontrollieren und Isolieren von Frauen, sie lächerlich zu machen oder an ihrer Glaubwürdigkeit und Zurechnungsfähigkeit zu zweifeln: All das zählt zur psychischen Gewalt – und sie ist oft der Anfang einer Gewaltspirale und eines langen Leidenswegs für die Opfer. Begriffe wie „verrückt“ und „hysterisch“ sind

Mehr zum Thema erfährst du auch in unserem Podcast:

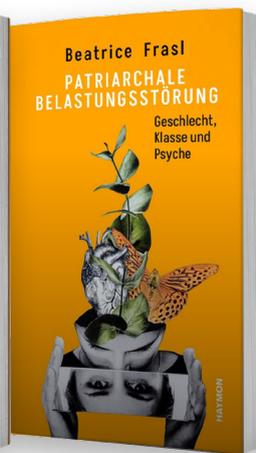


Mehr zum Thema

Was psychische Erkrankungen mit dem Geschlecht zu tun haben, warum Internet-Phänomene wie Doxing oder Hate Speech insbesondere gegen Frauen gerichtet sind und was geschehen muss, damit Österreich endlich nicht mehr das Land der Femizide ist: Diese Fragen werden in vier Büchern zum Thema Gewalt gegen Frauen diskutiert. Wir verlosen jeweils ein Exemplar. Schicke ein Mail mit dem Titel des Buches, das du gewinnen möchtest, an: gewinnspiel@oegb.at



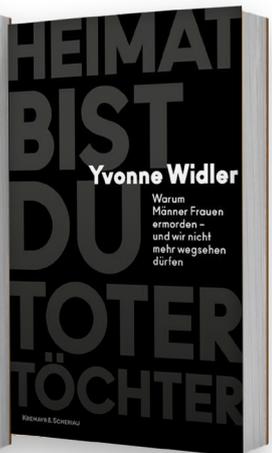
Männer töten
Eva Reisinger



Patriarchale
Belastungsstörung
Beatrice Frasl



Geschlechtsspezifische
Gewalt in Zeiten der
Digitalisierung
*BV Frauenberatungsstellen
und Frauennotrufe,
Nivedita Prasad (Hg.)*



Heimat bist du
toter Töchter
Yvonne Widler

Diese Bücher findest du auch in der Buchhandlung und im Onlineshop der FAKTory, Universitätsstraße 9, 1010 Wien. Die FAKTory ist eine Kooperation von Arbeiterkammer Wien und ÖGB-Verlag. Mehr dazu: www.faktory.at

manipulativ und hinterlassen tiefe Spuren. So leiden Opfer oft unter Angstzuständen, posttraumatischem Stress oder Depressionen. Und auch hier ist die Statistik eindeutig: Frauen sind in Österreich doppelt so oft von Depressionen betroffen wie Männer.

Job und Ausbildung: Genauer hinschauen!

Tatsächlich sind der Anteil und das Ausmaß an psychischer Gewalt im Berufsleben und in der Ausbildung hoch. Sexuelle Belästigung, Mobbing, Stalking und Beschimpfung sind zudem in manchen Branchen besonders ausgeprägt. Laut Arbeitsinspektorat betrifft das unter anderem die Pflege- und die Reinigungsbranche, Krankenhäuser, soziale Einrichtungen, Ordinationen, isolierte und uneinsichtige Arbeitsplätze,

Bars, Hotels und Restaurants, aber auch den Einzelhandel.

Alle Jahre wieder: Nein zur Gewalt

Im Rahmen von „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ – einer internationalen Kampagne, die jährlich vom 25. November, dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, bis zum 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, stattfindet – wird der Fokus auf die Gewalt an Frauen gelegt. „Dieser Zeitraum bietet eine Gelegenheit, das Bewusstsein für die verschiedenen Formen der Gewalt zu schärfen und Lösungen zur Bekämpfung dieses drängenden Problems zu finden, auch hinsichtlich der Übergriffe im Arbeitsumfeld“, sagt Korinna Schumann, Vizepräsidentin und Bundesfrauenvorsitzende des ÖGB. ■

Hier bekommst du Hilfe!

Gleichbehandlungsanwaltschaft:
0800 206 119

Act4Respect:
0670 600 70 80
Mo. 11–14 Uhr,
Do. 16–19 Uhr

Weißer Ring Opfer-Notruf:
0800 112 112

Frauenhotline gegen Gewalt:
0800 222 555

Was du bei sexueller Belästigung
am Arbeitsplatz tun kannst:



www.oegb.at/belaestigung-
am-arbeitsplatz

Was bedeutet eigentlich ...?

Sozialausgaben

Vom Sozialsystem profitieren alle!

Sozialausgaben kosten Geld. Und dieses Geld muss da sein. Denn die Alternative ist – wie die Krisen der letzten Jahre eindrucksvoll bewiesen haben – viel teurer. Wer behauptet, dass das auch billiger geht, der will den Sozialstaat aushöhlen und Risiken individualisieren. Und das hätte fatale Folgen, wie ÖGB-Expertin Miriam Fuhrmann erklärt.

Was sind eigentlich Sozialausgaben?

Unter dem Begriff Sozialausgaben versteht man Ausgaben für sozialstaatliche Leistungen, die ein breites Spektrum betreffen. Es geht zum Beispiel um Bildung, Gesundheit, Familienbeihilfe, Arbeitslosengeld und Pensionen – Leistungen des Sozialsystems, die durch Steuern und Abgaben finanziert werden.

Wer profitiert davon?

Vom Sozialsystem in Österreich profitieren alle – egal ob Milliardär:in oder Notstandshilfebezieher:in. Sozialausgaben sind wichtig, um gute und gleichwertige Leistungen für alle zu gewährleisten und eine breite Akzeptanz für den Sozialstaat zu gewährleisten. Gerade in Krisen merkt man, wie gut man sich

auf ihn verlassen kann und wie wichtig die Stabilisierung des Lebensstandards ist. Außerdem ist ein gut ausgebauter Sozialstaat ein wichtiger Standortfaktor, sorgt für Fachkräfte, bekämpft Perspektivlosigkeit und Kriminalität und verbessert die Chancengleichheit.

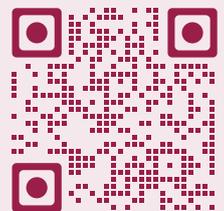
Wer zahlt dafür?

Die Finanzierung ist ungerecht verteilt: 80 Prozent aller Steuern und Abgaben kommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Pensionistinnen und Pensionisten sowie Konsumentinnen und Konsumenten. Vermögende tragen nur 1,5 Prozent zum Sozialstaatstopf bei, profitieren aber auch von allen Leistungen. Darum braucht es eine faire Besteuerung der Reichsten im Land. (pf)



Miriam Fuhrmann
ist ÖGB-Expertin für
Volkswirtschaft

9 gute Gründe für
eine Millionärssteuer:



www.oegb.at/9-gruende

PHOTO: ELISABETH NANNI

Weil die Kleinen schnell erwachsen werden: Junior's Best Invest*.

Unsere Lebensversicherung
für Kinder ab 0 Jahren.

#einesorgeweniger

Ihre Sorgen möchten wir haben.

WIENER 
STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

*Das Basisinformationsblatt zu diesem Produkt ist bei Ihrer/Ihrem Berater:in und auf wienersaetdtische.at erhältlich.



Urlaubsplanung 2024

Wenig Urlaub nehmen, viel bekommen!

Jänner						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
						30 31
01	02	03	04	05	06	07
08	09	10	11	12	13 14	
15	16	17	18	19	20 21	
22	23	24	25	26	27 28	
29	30	31				

4 Urlaubstage
= **9 Tage frei**

Februar						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
			01	02	03	04
05	06	07	08	09	10	11
12	13	14	15	16	17 18	
19	20	21	22	23	24 25	
26	27	28	29			

6 Urlaubstage
= **13 Tage frei**

März						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
				01	02	03
04	05	06	07	08	09	10
11	12	13	14	15	16 17	
18	19	20	21	22	23 24	
25	26	27	28	29	30 31	

6 Urlaubstage
= **13 Tage frei**

April						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
01	02	03	04	05	06	07
08	09	10	11	12	13 14	
15	16	17	18	19	20 21	
22	23	24	25	26	27 28	
29	30					

8 Urlaubstage
= **22 Tage frei**

Mai						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
01	02	03	04	05		
06	07	08	09 10	11 12		
13	14	15	16	17	18 19	
20 21	22 23	24	25	26		
27	28	29	30 31	01	02	

8 Urlaubstage
= **22 Tage frei**

Juni						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
						01 02
03	04	05	06	07	08 09	
10	11	12	13	14	15 16	
17	18	19	20	21	22 23	
24	25	26	27	28	29 30	

Juli						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
01	02	03	04	05	06 07	
08	09	10	11	12	13 14	
15	16	17	18	19	20 21	
22	23	24	25	26	27 28	
29	30	31				

insgesamt freie Tage
25 = Urlaubstage
01 = Feiertag
AK-Wahl = EU-Wahl

August						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
			01	02	03	04
05	06	07	08	09	10 11	
12 13 14	15 16 17 18					
19	20	21	22	23	24 25	
26	27	28	29	30	31	

4 Urlaubstage
= **9 Tage frei**

September						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
						01
02	03	04	05	06	07 08	
09	10	11	12	13 14 15	16 17 18	
19	20	21	22	23 24 25	26 27	
28	29	30	31			30

4 Urlaubstage
= **9 Tage frei**

Oktober						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
		01	02	03	04	05 06
07	08	09	10	11	12 13	
14	15	16	17	18	19 20	
21	22	23	24	25	26 27	
28	29	30	31			

4 Urlaubstage
= **9 Tage frei**

November						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
						01 02 03
04	05	06	07	08	09 10	
11	12	13	14	15	16 17	
18	19	20	21	22	23 24	
25	26	27	28	29	30	

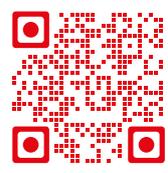
5 Urlaubstage
= **12 Tage frei**

Dezember						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
						01
02	03	04	05	06	07 08	
09	10	11	12	13	14 15	
16	17	18	19	20	21 22	
23 24 25	26 27	28 29	30	31	01	

5 Urlaubstage
= **12 Tage frei**

AK-Wahl 2024!

- 26.01. – 08.02. AK Salzburg
- 29.01. – 08.02. AK Vorarlberg
- 04.03. – 13.03. AK Tirol
- 05.03. – 18.03. AK Kärnten
- 10.04. – 23.04. AK Oberösterreich
- 16.04. – 29.04. AK Wien
- AK Niederösterreich
- AK Burgenland
- AK Steiermark



TIPP: Wie viel Urlaubsanspruch du hast, wie du deine freien Tage clever planst, was du machen musst, wenn du im Urlaub krank wirst, und vieles mehr erfährst du hier: oegb.at/urlaub2024



Frauenpensionen

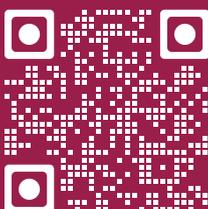
Länger arbeiten ohne Entlastung



Alles, was du wissen musst ...

Du hast grundlegende Fragen zum Arbeitsrecht, brauchst Tipps für Gehaltsverhandlungen oder suchst nach Informationen über Pensionsansprüche? Die ÖGB-Broschüren liefern dir einen fundierten und kompakten Überblick über alles, was du vor, in und nach deinem Arbeitsleben wissen musst.

Alle Broschüren gibt es hier
zum Download:



www.oegb.at/broschueren

So nimmst du richtig Urlaub!

Grundsätzlich steht Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für jedes Arbeitsjahr bzw. Kalenderjahr ein bezahlter Urlaub von fünf Wochen zu. Ab dem 25. Dienstjahr beim selben Arbeitgeber steht einer bzw. einem grundsätzlich eine weitere Woche zu. Der Weg zur 6. Urlaubswoche kann aber auch kürzer sein ...

Ab wann du Urlaubsanspruch hast, ob dich dein Arbeitgeber auf Urlaub schicken kann und was zu tun ist, wenn du im Urlaub krank wirst, erfährst du hier:

➔ www.oegb.at/richtig-urlaub-nehmen

Schneller zur 6. Urlaubswoche? So geht's:

➔ www.oegb.at/6-urlaubswoche

Steuerausgleich: Schluss mit den Mythen

Bis Ende Februar hat dein Arbeitgeber Zeit, deinen Jahreslohnzettel an das Finanzamt zu schicken – dann kannst du deine Arbeitnehmer:innenveranlagung machen. Viele verzichten darauf, weil sie schlicht nicht wissen, wie sie mit der Veranlagung umgehen sollen, andere sind der Meinung, sie würden ohnehin nichts bekommen. So schenken viele Arbeitnehmer:innen dem Finanzminister Geld – und das jedes Jahr.

Was die Arbeitnehmer:innenveranlagung bringt, wie lange sie dauert und ob eine Nachzahlung droht – wir räumen mit den gängigsten Mythen auf:

➔ www.oegb.at/geld-vom-staat

In Zukunft werden Frauen einige Jahre länger im Berufsleben bleiben müssen – für viele Arbeitnehmerinnen bringt das gesundheitliche Risiken und familiäre Probleme. Die Antworten der Politik lassen auf sich warten.

TEXT: MARTIN MANDL

2024 beginnt die Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen. Ab 2033 müssen Frauen bis 65 Jahre arbeiten. Doch viele Frauen können schon jetzt aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter im Erwerbsleben bleiben. „Für viele ist das Arbeiten bis 60 aufgrund der hohen körperlichen Belastung – etwa in der Pflege oder in der Reinigung – jetzt schon nicht möglich. Dennoch treten neoliberale Wirtschaftsforscher für ein Anheben des Pensionsalters auf 67 ein. Wie soll sich das ausgehen?“, fragt Korinna Schumann, Vizepräsidentin und Bundesfrauenvorsitzende des ÖGB.

Fairness bei Sorgearbeit und Kinderbetreuung

Neben dem gesundheitlichen Aspekt fehlen auch frauenpolitische Antworten der Regierung. „Nur durch einen Rechtsanspruch auf Kinderbildung ab dem ersten Geburtstag des Kindes haben Frauen echte Wahlfreiheit und müssen sich nicht mehr zwischen Familie und Job entscheiden“, so die Gewerkschafterin. Damit würde man auch Druck von Großmüttern nehmen, die aus Mangel an Alternativen oft die Betreuung der Enkelkinder übernehmen. Schumann betont, dass auch deswegen eine gerechte Aufteilung der Sorgearbeit zu Hause Realität werden muss. ■

Das fordern die ÖGB-Frauen von Arbeitgebern:

- Bessere Arbeitsbedingungen
- Ausreichende Erholungspausen
- Bessere Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf
- Betriebliche Gesundheitsangebote
- Weiterbildungsmöglichkeiten auch im höheren Alter

... und das von der Regierung:

- Erleichterung der Inanspruchnahme der Altersteilzeit
- Vorbereitung aller relevanten Akteure auf die Anhebung des gesetzlichen Frauenpensionsantrittsalters
- Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Arbeitnehmerinnen, die häufig Sorgearbeit leisten, durch den Ausbau qualitativer und leistbarer Pflege fördern
- Stärkung der Arbeitsmarktintegration älterer Arbeitnehmerinnen, die häufig Enkelkinder beaufsichtigen, durch die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag

Klimaschutz, Steuern und Gedenken

Mehrere Hundert Millionen Euro schenken die Arbeitnehmer:innen jedes Jahr dem Finanzamt, weil sie die Arbeitnehmer:innenveranlagung nicht machen. Der **VÖGB Burgenland** erklärt, wie man sich viel Geld von der Steuer zurückholen kann: am 7. und 14. Februar 2024 im AK/ÖGB-Haus in Eisenstadt.

Gemeinsam zur Erfüllung der Klimaziele: Der **ÖGB Steiermark** leistet mit seinen Bildungsangeboten für Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie für Personalvertreter:innen als strategischer Partner des Landes zur Erfüllung der Klimaziele einen wichtigen Beitrag. Nach Abschluss eines sechsmonatigen Klimachecks wurde die ÖGB-Landesorganisation Steiermark jetzt in das Netzwerk der „Ich tu's“-Bildungspartner:innen des Landes Steiermark aufgenommen (Foto).



Die Initiative „Ich tu's“ stellt eines von zahlreichen Maßnahmenpaketen zur Erreichung der in der Klima- und Energiestrategie Steiermark (KESS 2030) definierten Ziele dar.

Im NS-Regime wurde in den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen, etwa in den großen Industriebetrieben, im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, in kleineren Gewerbebetrieben und im Tourismus Zwangsarbeit geleistet. Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages am 27. Jänner lädt der **VÖGB Vorarlberg** bereits am Freitag, 26. Jänner, zum Info-Abend ins Vorarlberg Museum. (es)

Viele weitere Bildungsangebote aus allen Bundesländern gibt es auf:

➤ www.voegb.at



Mit Sport, Kultur und Kulinarik durch den Winter



In der kalten Jahreszeit erwärmen besondere Freizeitangebote die Herzen der Gewerkschaftsmitglieder. Für Kapitäninnen und Kapitäne in spe verlosen wir exklusive Tickets!

TEXT: ELISABETH SCHWENTER

TIPP:

Wenn es draußen kalt und unangenehm ist, lässt sich mit einer Tasse Tee auch der nächste Urlaub gemütlich planen.

Exklusive Angebote für Gewerkschaftsmitglieder, von den Seychellen bis nach Island, gibt es hier:

➔ www.urlaubsplus.at/oegb/



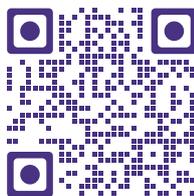
FOTO BERGIT GÜTLER

Tiroler Theater zum Toppreis

Gewerkschaftsmitglieder können sich in ihrer Gewerkschaft zwei Gutscheine im Wert von jeweils sieben Euro abholen und an der Abendkasse des **Tiroler Landestheaters** für alle Vorstellungen einlösen. Besonderer Veranstaltungstipp: das Tanzstück „Die vier Jahreszeiten“, falls sich der Tiroler Winter zu lange anfühlt!

Und auch das **Tiroler Landesjugendtheater** freut sich in der Vorweihnachtszeit über Besuch. Für das Musical „Biene Maja“ (Spielzeit bis 23. Dezember 2023) bekommen Familien drei Euro Rabatt auf den Kindereintrittspreis.* ÖGB-Ausweis nicht vergessen!

Exklusive Vorteile und Gutscheine findest du hier:



➔ www.oegb.at/tirol-landestheater

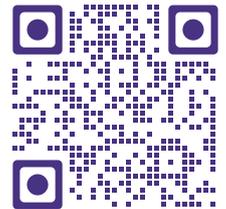
Mehr Infos:

➔ www.landesjugendtheater.at

Auf die Piste in Salzburg

Dürnborg, Goldegg, Postalm und viele mehr: Auch heuer gibt es in Salzburg dank der Aktion „**ÖGB-Skitage**“ Vergünstigungen für Gewerkschaftsmitglieder in zehn verschiedenen Skigebieten. Um die Ermäßigung in Anspruch zu nehmen, muss an der Kassa des Skigebietes die ÖGB-Mitgliedskarte vorgelegt werden. Familienmitglieder müssen sich mit der E-Card ausweisen.

Alle Vergünstigungen der verschiedenen Pisten findest du hier:



➔ www.oegb.at/ski-tage-2023-2024

* Mitgliedsausweis nicht vergessen!

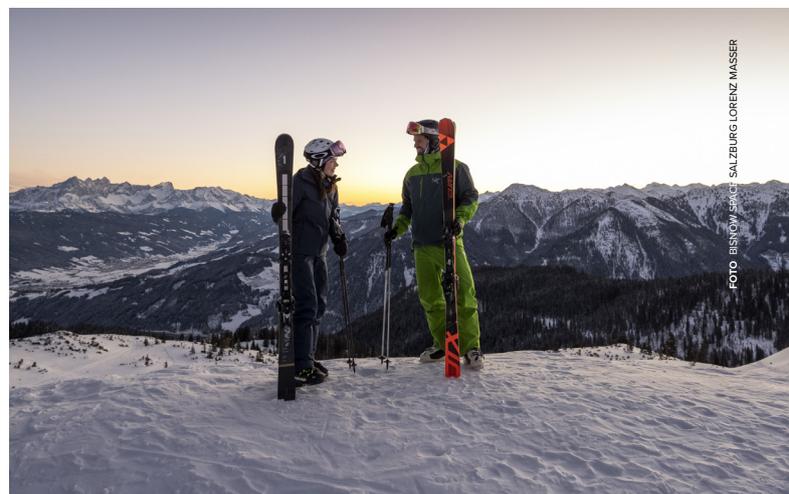


FOTO BISNOW/SHOOT SALZBURG LORENZ MASSER



Willkommen an Bord!

Mit der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft einen romantischen Valentinstags-Ausflug wagen? Sicher doch! Mit der MS Admiral Tegethoff geht es regelmäßig auf Themenfahrt von Wien nach Greifenstein und wieder zurück. Auch an anderen Tagen hat die DDSG einiges zu bieten: vom romantischen Candlelight-Dinner über den ausgelassenen Partyabend am St. Patrick`s Day zum stimmungsvollen Abba-Revival-Abend.

Alle Infos, Termine und Ermäßigungen für Gewerkschaftsmitglieder gibt es hier:

➔ <https://kartenstelle.oegb.at/kategorie/schiffahrt>

MITSPIELEN UND GEWINNEN!

TICKETS

Wir verlosen 1x2 Tickets für die DDSG-Themenschiffahrt Frühlingsbrunch auf Donauwellen, am Sonntag, 17.3.2024. Dich erwartet eine gemütliche Tages-Schiffahrt auf der Wiener Donau mit feinem Brunchbuffet und Livemusik. Schicke ein E-Mail an gewinnspiel@oegb.at mit dem Betreff „Frühlingsbrunch“ und mit etwas Glück gehören die Tickets dir! *Einsendeschluss ist der 8. Jänner 2024.*

TIPP: Wer seine Gewinnchancen verdoppeln will, kann das den ganzen Dezember über im Foyer der ÖGB-Zentrale im Catamaran (Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien) tun: Einfach den QR-Code der DDSG-Ente vor der ÖGB-Kartenstelle scannen und mitspielen.

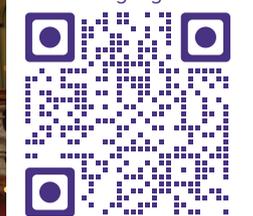
Christmas Spirit 2023

Am 21. Dezember in Wien und am 22. Dezember in Kitzbühel: Die Votivkirche und die Pfarre St. Andreas werden mit Licht, Visuals und Effekteinrichtungen in weihnachtliche Wunderländer verwandelt. Unter dem Motto „Classic meets Soul“ präsentieren Opernsängerin Alexandra Reinprecht und Singer-Songwriter Cesár Sampson eigene Kompositionen und ein Repertoire an berühmten, stimmungsvollen weihnachtlichen Liedern. Für Gewerkschaftsmitglieder gibt es Ermäßigungen.



FOTO: TIM WELTZER

Alle Infos zu den Terminen und Ermäßigungen:



➔ <https://bit.ly/463Lg8h>

kika

Leiner

ÖGB



Kommt Euch näher!

Ihre kikaLeiner Kundenclubs

Exklusive Vorteile¹⁾ für Ihr Zuhause!



- FAN PUNKT** (Leiner logo)
- Club-News**: Tolle Angebote, Aktionen und Gutscheine in Ihrem Briefkasten oder per E-Mail.
- Gratis Abholbus**: Holen Sie sich den kostenlosen Transporter für ein ganzes Wochenende.
- Restaurant**: Bonuspunkte auch in Ihrem kikaLeiner Restaurant sammeln und einlösen.
- Geschenke**: Wir beschenken Sie mit kleinen Aufmerksamkeiten.
- Rückgabe-Service**: 100-Tage-Rückgaberecht – auch ohne Originalrechnung.
- Gutscheine**: Exklusive Rabatte auf Ihren Einkauf.
- kika Fanpunkte jetzt auch bei Leiner & Leiner-Münzen jetzt auch bei kika sammeln & einlösen!**

24/7 (Shopping cart icon)

kikaleiner.at

Folgen Sie uns auch auf: [/kika.at](https://www.facebook.com/kika.at) / [/leiner.at](https://www.facebook.com/leiner.at) [/kika.at](https://www.instagram.com/kika.at) / [/leiner.at](https://www.instagram.com/leiner.at)

1) Nähere Informationen sowie Aktionsbedingungen und Ausnahmen finden Sie unter kika.at/fanclub, leiner.at/wohntraum-club oder bei Ihrem/Ihrer kikaLeiner EinrichtungsberaterIn.

**RÄTSEL LÖSEN
& GEWINNEN**
Goodie-Bags & Reisegutscheine
im Wert von € 100,-
gewinnen!

Fünf Fehler finden!
... und mit etwas Glück eines von
drei coolen Spielen gewinnen!

Kinderrätsel

Kinderrätsel: Fehler finden und gewinnen!

Hast du die fünf Fehler im unteren Bild gefunden? Mach ein Foto davon und bitte einen Erwachsenen, es uns mit dem Kennwort „Kinderrätsel“ an gewinnspiel@oegb.at zu schicken. Mit etwas Glück gewinnst du eines von drei coolen Spielen.
Einsendeschluss ist der 15. Jänner 2024.



NEUES RÄTSEL, NEUES GLÜCK:

Mach mit und gewinne eines von drei ÖGB-Überraschung-Goodie-Bags mit vielen ÖGB-Geschenken und je einem Reisegutschein im Wert von 100 Euro!

Schicke die Lösung des Rätsels mit dem **Kennwort/Betreff „Goodie-Bag“** an Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, oder per E-Mail an gewinnspiel@oegb.at.

Einsendeschluss ist der 15. Jänner 2024.

Die Teilnahmebedingungen findest du hier:
www.oegb.at/teilnahmebedingungen

Mit deiner Teilnahme bestätigst du, die Teilnahmebedingungen gelesen zu haben und zu akzeptieren.

Die Datenschutzerklärung des ÖGB ist abrufbar unter:
www.oegb.at/datenschutz

Tatkraft	Vorname von Lauda † 2019		durch, mittels (lat.)		tropische Pflanze		Zahlungsmittel	Kundgebung (Kf.) Zeichen f. Wismut		
							Kassenzettel Abk.: Europarecht			Wacholderbranntwein
Kfz-Z. Iran			Abk.: Stück		Flachs				dt. Vorsilbe Zeichen f. Radium	
die kalte Jahreszeit		Kfz-Z. St. Veit an der Glan/KT			persönl. Fürwort, 2. Person Singular			Schwertlilie		
						ugs.: sehr schnell				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Graz protestiert!

Eine neue Ausstellung nimmt die beeindruckende Protestkultur der steirischen Landeshauptstadt unter die Lupe.

TEXT: PETER LEINFELLNER

Draken, Murkraftwerk, Bettelverbot – gegen diese Vorhaben und viele weitere sind in Graz Zehntausende Menschen auf die Straße gegangen. Die steirische Landeshauptstadt hat seit 1945 eine mehr als lebendige Protestkultur. Welche Spuren die Protestbewegung in Graz hinterlassen hat, steht im Mittelpunkt einer Ausstellung im Graz Museum.

So haben etwa im Jahr 1959 Grazer Straßenbahnfahrer und Bäcker:innen durch ihren Aufstand bessere Löhne erzwungen. Allerdings waren nicht alle Proteste so erfolgreich: 1988 haben Menschenmassen gegen die Stationierung der ersten Abfangjäger protestiert – ohne Erfolg: Die Draken sind wenig später am Fliegerhorst am Thalerhof gelandet.

Eine lebendige Demokratie

Unzählige Flugblätter, Sticker, Transparente, Zeitungsartikel und Videos in der Ausstellung zeigen eindrucksvoll, dass Proteste ein Zeichen für lebendige Demokratie und eine aktive Zivilgesellschaft sind. Noch bis zum 24. April 2024 kann man die Ausstellung „Protest!“ im Graz Museum in der Sackstraße sehen. ■



Lösungen aus Solidarität 1.002



Kinderrätsel:

Die ÖGB-Glücksfee war wieder am Werk und hat aus Hunderten Einsendungen drei Gewinner:innen ermittelt, die in den kommenden Wochen coole Überraschungen zugeschickt bekommen. Viel Spaß damit!

Kreuzwörterrätsel:

Unzählige E-Mails und Postkarten haben uns erreicht und das korrekte Lösungswort enthalten:

MENSCHENKETTE.

Drei Goodie-Bags gehen an die Gewinner:innen raus.

■	H	■	N	■								
M	I	M	I	K								
■	T	■	E	U								
■	Z	A	R	■								
■	E	S	E	L								
■	O	■	H	■	D	■	A	■	S	■	O	
■	S	T	A	K	E	■	P	R	E	I	S	E
■	M	A	G	■	V	I	E	■	I	■	O	H
■	A	■	E	C	O	■	R	A	D	E	L	N
I	N	F	L	A	T	I	O	N	■	L	E	E

Musicalkarten:

Wir haben jeweils zwei Tickets für die Musicals „Rebecca“ und „Rock Me Amadeus“ verlost und die Nachfrage war enorm. Einer glücklichen Gewinnerin und einem glücklichen Gewinner durften wir ein Vorweihnachtsgeschenk schicken!

MITSPIELEN UND GEWINNEN!

TICKETS

GEWINNFRAGE: In welchem Jahr haben die Bäcker:innen und Straßenbahnfahrer in Graz erfolgreich für höhere Löhne gekämpft?

Wir verlosen 5x2 Tickets für die Ausstellung. Schicke uns unter dem Kennwort „Graz Museum“ ein Mail mit der richtigen Antwort an gewinnspiel@oegb.at. **Einsendeschluss ist der 8. Jänner 2024.**

TIPP: Gegen Vorlage deines Gewerkschaftsausweises gibt es von 8. Dezember 2023 bis 8. Jänner 2024 eine besondere Aktion: Mitglieder erhalten für jedes gekaufte Eintrittsticket ein **GRATISTICKET*** dazu!

* Mitgliedsausweis nicht vergessen!

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 **MEDIENINHABER** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39813, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at **HERSTELLER** Walstead Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21 **VERLAGSORT** Wien **HERSTELLUNGSORT** Neudörfel **KAUFMÄNNISCHE LEITUNG** Christoph Höllriegel **REDAKTIONELLE LEITUNG** Dietmar Meister (CR), Elisabeth Schwenter (CvD) **AUTOR:INNEN** Peter Leinfellner, Perigan Eraslan, Martin Mandl, Patrick Fischer, Marliese Mendel, Amela Muratovic, Elisabeth Schwenter **LAYOUT & GRAFIK** Mirella Karoly **LEKTORAT** Karin Flunger **ANZEIGEN** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, t.aichelburg@brandcom.at, Christoph Höllriegel, soli@oegb.at **SEKRETARIAT** Sonja Adler **REDAKTIONSADRESSE** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli **OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ, § 25:** www.soli.at/offenlegung. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Raffinierte Alternative zur Daunenjacke Kapuzen-Steppjacke!

Bestellen leicht gemacht! **0 512 / 34 33 44**
bestellung@personalshop.com FAX 0 512 / 34 33 44-400

**25% Rabatt* auf ALLES erhalten Sie auf
www.personalshop.com**



25%
Neukunden-Rabatt*
auf ALLE Artikel!

SO SPAREN SIE 25%:

1. Loggen Sie sich mit Ihrem PIN-Code **A30450** im Shop ein.
2. Ihr 25% Rabatt* wird automatisch bei allen Artikeln berücksichtigt.
3. Schließen Sie Ihre Bestellung ab!

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6404 Polling in Tirol, Gewerbezone 16, Tel: 0 512 / 34 33 44, Fax: 0 512 / 34 33 44-400, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet. Impressum: Servus Handels- und Verlags-GmbH, Gewerbezone 16, A-6404 Polling in Tirol.

5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

Gleich einsenden an:
Servus Handels- und
Verlagsgesellschaft m.b.H.
Gewerbezone 16, A-6404 Polling in Tirol

* Stappreise beziehen sich auf unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP). Solange der Vorrat reicht.

** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht und Informationen zum Datenschutz finden Sie auf: www.personalshop.com

BESTELLSCHEIN A30450 mit 30 Tage Rückgaberecht

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	NEUKUNDEN- PREIS
			Herren Steppjacke	€ 22,49
			Damen Steppjacke	€ 22,49

Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr

Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,99

Name, Vorname: _____

Straße / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Geb. Datum: _____ E-Mail: _____

Sie verwenden Ihre E-Mail-Adresse, um Sie über Aktionsangebote zu informieren. Dem können Sie jederzeit widersprechen.



UVP*-Preis 99,-
Personalshop-Preis 29,99
**NEUKUNDEN-
PREIS**
€ 22,49
Sie sparen € 76,51
gegenüber dem UVP*

Größen				
M	L	XL	XXL	3 XL

Herren Steppjacke	
marine	Art.-Nr. 246.545
blau	Art.-Nr. 246.558
anthrazit	Art.-Nr. 246.561
bordeaux	Art.-Nr. 246.574
grün	Art.-Nr. 249.977

Größen							
36	38	40	42	44	46	48	50

Damen Steppjacken	
petrol	Art.-Nr. 246.503
beere	Art.-Nr. 246.516
türkis	Art.-Nr. 246.529
schwarz	Art.-Nr. 246.532
champagner	Art.-Nr. 249.964

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort Besten Dank